

## AKTUELLE STUNDE ZWISCHENLAGER: PRÜFEN & AUFKLÄREN!

Seit dem schweren Unfall in einer Chemiefabrik in Ritterhude vor rund zwei Wochen, reißen die Diskussionen über das geplante Zwischenlager für Chemieabfälle in Hemelingen nicht ab. Die Anwohner zeigen sich besorgt. Klar sei, dass man nach einem solchen Zwischenfall nicht einfach wieder zur Tagesordnung übergehen könne, so der umwelt- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Arno Gottschalk. „Wir müssen zu einer umfassenden fachlichen Bewertung und Abwägung der Risiken kommen“, betonte der Sozialdemokrat heute in der aktuellen Stunde zum Genehmigungsverfahren für das Hemelinger Chemieabfalllager in der Stadtbürgerschaft.



Arno Gottschalk

Die Anwohner in Hemelingen beschäftigt das mögliche Zwischenlager für Chemieabfälle schon länger. Mit der Explosion in Ritterhude, die ein Menschleben kostete und enorme Schäden anrichtete, wuchsen die Ängste noch einmal an. „Wir müssen die Sorgen und Nöte der Menschen in Hemelingen ernst nehmen“, erklärte Arno Gottschalk. Jetzt gehe es um eine um-

fassende Informationspolitik: „Zunächst einmal brauchen wir jetzt eine verlässliche, genaue und ausführliche fachliche Prüfung im Rahmen des Genehmigungsverfahrens.“ Außerdem müsse geklärt werden, welche Stoffe und Abfälle in dem geplanten Betrieb gelagert werden sollen. „Nur auf Basis dieser Datenlage können wir den Anwohnern ihre berechtigten Ängste nehmen“, so Gottschalk.

Auf der anderen Seite müsse aber auch klar sein: „Als einer der erfolgreichsten Industriestandorte Deutschlands produziert Bremen mit seinen Unternehmen auch Abfälle. Für die Entsorgung dieser Stoffe muss es auch auf dem

Gebiet der Stadt Bremen eine ortsnahe Lösung geben.“ Zuletzt wurden hierfür auch alternative Standorte diskutiert.

Dem potentiellen Betreiber einen neuen Standort vorzuschreiben oder das Genehmigungsverfahren einfach auszusetzen, sei laut Gottschalk allerdings nicht möglich. „Wenn die Entsorgungsfirma die rechtlichen Auflagen erfüllt, muss Bremen den Bau genehmigen. Wir können uns über gesetzliche Bestimmungen nicht einfach hinwegsetzen.“

Gottschalk mahnt dabei weitere Anstrengungen für die Zukunft an: „Ganz grundsätzlich müssen wir gemeinsam dafür sorgen, dass sich die Kommunikation auf allen Ebenen und mit allen Betroffenen verbessert. Außerdem brauchen wir ein neues und umfangreiches Abfallwirtschaftskonzept – nicht zuletzt um in Bremen ein Instrument zur Steuerung der Beseitigung von Gewerbemüll zu haben.“



Mit Plakaten protestierten heute einige HemelingerInnen vor dem Haus der Bremischen Bürgerschaft.